

# MBI INFORMIERT

**MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN**  
**UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 3/18**

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,  
45468 Mülheim  
Tel. 0208 - 3899810  
Fax 0208 - 3899811

e-mail: [mbi@mbi-mh.de](mailto:mbi@mbi-mh.de)

<http://www.mbi-mh.de>

## Die einst "sympathische" Stadt a.d. Ruhr im Absturzmodus?

### Bürgerbegehren zum Erhalt der VHS in der MüGa in den Startlöchern!



Die Bürgerinitiative "Erhalt unserer VHS in der MüGa" hat ein Bürgerbegehren vorbereitet, womit der Verkauf des VHS-Grundstücks verunmöglicht und die zukünftige Nutzung des VHS-Denkmal als Volkshochschule gesichert werden soll. Um mit allen Interessierten und Unterstützern die Durchführung und Regeln des Bürgerbegehrens zu beraten und zu beschließen, lädt die BI ein zu einer



**Versammlung am Donnerstag, dem 22. März,**

**um 19 Uhr in der Gaststätte "Altes Schilderhaus", Südstr. 2.**

Mehr auf S. 3, auf der auch der vorläufige Text der Begründung nachzulesen ist.

Auch unabhängig von dem VHS-Riesenskandal geht es drunter und drüber in der Ruhrstadt: Ein Bauprojekt jagt das nächste, Baumfällaktion am Fließband, Haushaltssperre, ÖPNV-Desaster, Schulchaos uswusf.. Au weia.....

### Erivan Haub ist gestorben!

1969 hatte er die Lebensmittelgruppe mit der Keimzelle Wissoll in vierter Generation übernommen und bis 2000 als allein geschäftsführender Gesellschafter geführt. In den mehr als 30 Jahren baute er Tengemann zu einem international tätigen Warenhandelskonzern aus, u.a. mit Kaiser`s, Plus, Accos, OBI, Pizzahut. 2000 übergab er das Unternehmen an seine Söhne. Die verscherbelten zuerst 2003 die gut laufende Tochter Wissoll und später alle Plus-Läden sowie zuletzt auch noch die gesamten Tengemann/Kaiser`s-Läden. Für nachhaltiges Unternehmertum bekam Erivan Haub 2004 das Bundesverdienstkreuz verliehen.

### Gescheiterte "Polit-Promis" als PöstchenjägerInnen

Wegen Interessenkonflikten wurde ex-Minister Duin (SPD) der Wechsel zum Chemieunternehmen Rütgers untersagt und der Krankenkassen-Job von Steffens (Grüne) aufgeschoben. Die nordrhein-westfälische Minister-Ehrenkommission musste bei beruflichen Wechselplänen ehemaliger rot-grüner Landesminister wegen Interessenkonflikten deutlich energischer einschreiten als bislang bekannt. Die Beschlusslage des Landtags zu Karenzzeiten nach Ende der Ministertätigkeit sind eindeutig. Warum hat z.B. die Grüne Steffens, die in ihrem Wahlkreis Mülheim/Ruhr gerade noch auf ca. 4% der Stimmen kam, es dennoch versucht? Sie ist anders als Duin über Landesliste heute wieder Landtagsabgeordnete. Welche Interessen vertritt die Dame dort eigentlich außer den eigenen?

Auch andere grüne ex-"Promis" machen eifrig gutbezahlte Karrieren, so die gerade erst nicht wieder gewählte Vorsitzende Peter. Sie wurde bundesweit berühmt, als sie im Zusammenhang mit der Kölner Sylvesternacht die Polizei scharf kritisierte, weil die von Nafris gesprochen hatte. Sie warf der Polizei racial profiling vor. Nun ist die sicher auch ohne nicht unterversorgte ex-Ministerin des Saarlandes Präsidentin des Bundesverbands Erneuerbarer Energien (BEE) und damit waschechte und hoch bezahlte Lobbyistin, wie es halt im Buche steht.

#### Auf den folgenden Seiten:

- Sackgasse RWE-Abhängigkeit: Rätselraten um RWE-Eon-Deal: Drohen höhere Strompreise?..... S. 2
  - Einladung zur Vorbereitung eines Bürgerbegehrens zum Erhalt der VHS in der Müga..... S.3
  - Mülheim und mögliche Dieselfahrverbote: Fluch oder Segen? ..... S. 4
  - Ruhende Bauarbeiten am Klöttschen und das vermurkste Ruhrbania-Verkehrskonzept" ..... S.4
- Einlegeblatt:** Hat "Made in Germany" das Verfallsdatum überschritten? und Mülheimer Etatdesaster

## Rätselraten um RWE-Eon-Deal: Drohen höhere Strompreise?

Auf dem deutschen Strommarkt sollen die Karten neu verteilt werden. Eon und RWE einigten sich auf einen Megadeal. Innogy soll zerschlagen werden. Innogy hat rund 44.000 Mitarbeiter und wurde an der Börse zuletzt mit etwa 20 Milliarden Euro bewertet. Die beiden Energieriesen Eon und RWE wollen ihre Geschäfte komplett neu aufteilen. Eon will die RWE-Netztochter Innogy übernehmen und im Gegenzug den langjährigen Konkurrenten RWE am eigenen Unternehmen beteiligen.

Die am Sonntag, dem 11. März, von beiden Konzernen überraschend veröffentlichte Vereinbarung sieht im Kern vor, dass Eon das lukrative Netzgeschäft von Innogy erhält, während die erneuerbaren Energien unter dem Dach von RWE vereint werden sollen. Bereits 2 Tage später wurde bekannt, dass ca. 5000 Arbeitsplätze durch den Deal akut gefährdet sein werden. Mit dem Innogy-Vorstand hatte ohnehin vorher niemand gesprochen.

Auch die bisher einflussreichen kommunalen RWE-Aktionäre, allen voran Dortmund, Essen und Mülheim, wurden überrascht vom RWE-Eon-Deal. Pehlke, Chef des Dortmunder Stadtwerke-Konzerns DSW21, dem größten und einflussreichsten Aktionär unter den Kommunen, äußerte Vorbehalte gegen den Deal, Essens OB begrüßte den Coup genau wie seltsamerweise Ver.di-Chef Bsirske, und Mülheim schweigt sich bisher aus.. Frage auch: Werden die Netzentgelte so lange steigen, bis alle Eon-Schulden bezahlt sind? Damit steigen die Preise unaufhörlich, so zocken sie dann alle Verbraucher ab, ohne selber viel zu tun.

**Was dieser "Deal" für die sogar bilanziell hoch überschuldete RWE-Stadt Mülheim bedeutet, ist nicht absehbar, doch schwant einem wenig Gutes. Das einst reiche Mülheim mit bisher robuster Wirtschaft und relativ geringer Arbeitslosigkeit hat nicht nur den mit Abstand höchsten Anteil an RWE-Aktien pro Kopf von allen RWE-Städten, es hat auch in NRW die höchste Pro-Kopfverschuldung mit über 11.000 €/Kopf. Zufall? Eher weniger. - Frau ex-OB Mühlenfeld (immer noch RWE-Aufsichtsrätin) und ex-RWE-Chef Großmann sei "Dank" für die bescherte Sackgasse!**

**Wahrscheinlich rächt sich die extrem RWE-affine Politik der Stadt Mülheim mit dem Deal der Konzerne demnächst erst recht. Die Konzession für das Stromnetz wurde 2012 ohne Not vorzeitig für 10 Jahre verlängert und als "Bonbon" bei der Erneuerung der medl-Verträge mit dem RWE auch noch um mind. 5 Jahre verlängert. Das RWW ist zu 80% in RWE-Besitz, der SWB zu 25%, die medl zu 40%. All das wird übergehen zu Eon inkl. der Straßenlaternen usw.. Wie das alles von der zukünftigen Mutter Eon gehandhabt wird, ist nicht absehbar. Einzig klar ist, dass die ca. 9 Mio. städtischer RWE-Aktien in Zukunft noch weniger bedeuten werden als bereits in den letzten Jahren.**

Ein wenig erinnert der Mega-Deal von RWE und Eon an Monopoly. Mit dem "kleinen" Unterschied, dass nicht Straßen und Häuser, sondern Tochterfirmen und Anteile munter verkauft und getauscht werden. Die Frage, was aus den betroffenen Menschen und Standorten und Städten wird, scheint dabei zweitrangig zu sein.



Dabei wurde bisher immer wieder betont, der Einfluss auf wichtige Unternehmensentscheidungen und die Sicherung der Standorte sei das Hauptargument für das Festhalten der Stadt an der RWE-Beteiligung. Jetzt stehen die Verantwortlichen vor einer echten Bewährungsprobe. Entscheidend ist, ob es ihnen wirklich gelingt, ihren Einfluss für die Sicherung von Standorten und Arbeitsplätzen geltend zu machen. Auch die Interessen der Verbraucher sollte man im Blick haben:

Steigende Strompreise durch den "Mega-Deal" wären nicht zu vermitteln.

### Die Zeit der Energieriesen abgelaufen? Verlängern Megafusionen das Sterben?

Frau Kemfert, Energieökonomin des DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) sieht den RWE-Eon-Deal sehr kritisch. Im Handelsblatt sagt sie u.a.: *"Innogy sieht Kemfert als den großen Verlierer dieses Deals. Die Gründung des Ökostrom-Anbieters sei von Anfang an aufgrund unglaublicher Geschäftsmodelle zum Scheitern verurteilt gewesen. Der Verkauf des Bereichs der Erneuerbaren Energien von Eon an RWE sei allerdings ebenso ein Fehler, ist Kemfert überzeugt. "Die Stromnetze mögen aufgrund von Traumrenditen zu kurzfristigen Profiten führen", erläuterte die Energieökonomin, "doch mittel- bis langfristig wird der gesamte Bereich der Energiewende, inklusive dezentraler erneuerbarer Energien und nachhaltiger Mobilität boomen. "Die DIW-Ökonomin gibt eine düstere Prognose: "Die Zeit der Energieriesen ist abgelaufen. Nun wolle man mit Megafusionen diesen Trend aufhalten." Egal wie, für Mülheim immer nachteilig!*



# Einladung zur Vorbereitung eines Bürgerbegehrens zum Erhalt der VHS in der MüGa

Alle Vorschläge, die auf die rasche Beseitigung der Brandschutzmängel in der VHS an der Bergstraße und die Wiederaufnahme der Nutzung des Gebäudes abzielten, wurden von der Stadt abgelehnt, da sie sich bisher einer mehrheitlichen Zustimmung im Rat sicher sein konnte. Leider geht diese Taktik weiter

- zu Lasten des Mülheimer Bildungsangebotes in der Erwachsenenbildung
- zu Lasten des Steuer zahlenden Bürgers, der nicht nur mit einer Verteuerung der Sanierung durch andauernden Leerstand rechnen muss,
- sondern ggf. sogar mit dem Ausverkauf wertvollen städtischen Besitzes und mit der Schaffung neuer finanzieller Abhängigkeiten.

Es ist daher Zeit klarzumachen, dass viele Mülheimer Bürger dieses Vorgehen nicht hinnehmen wollen. Die Initiative "Erhalt unserer VHS in der MüGa" möchte im Rahmen einer weiteren

## **Bürgerversammlung am Donnerstag, dem 22. März 2018, um 19 Uhr in der Gaststätte "Altes Schilderhaus", Südstraße 2**

mit allen Interessierten und Unterstützern die Durchführung eines Bürgerbegehrens beraten und beschließen. Die gesetzlichen Bestimmungen zum Verfahren erfordern u.a eine Begründung für das Bürgerbegehren, ein entsprechender vorläufiger Text ist weiter unten nachzulesen. Herr Thorsten Sterk von "MEHR DEMOKRATIE" ist ebenfalls anwesend. Wir hoffen auf eine rege Beteiligung.

Mit freundlichen Grüßen

**Bürgerbegehren "Erhalt unserer VHS in der MüGa" gemäß § 26 der Gemeindeordnung**

**Die Unterzeichner/innen beantragen hiermit, dass den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Mülheim a.d. Ruhr folgende Fragestellung zu einem Bürgerentscheid gestellt wird:**

**"Sollen VHS-Grundstück und -Gebäude in der MüGa in Eigentum und Besitz der Stadt Mülheim bleiben und der VHS-Betrieb dort wieder aufgenommen werden?"**

Begründung

Mit der Schließung der VHS an der Bergstraße aufgrund von Brandschutzmängeln wurde möglicherweise ein weiterer Versuch eingeleitet, die VHS dauerhaft an einem anderen Standort unterzubringen. Es gab bereits 2014 und 2015 Versuche dieser Art. Die Möglichkeit, das Gebäude bzw. das Grundstück der VHS in der MüGa zu verkaufen, bietet einen wesentlichen Anreiz für Politik und Verwaltung. Wenn feststeht, dass der Verkauf ausgeschlossen ist, muss die Stadt für ein auf Dauer angelegtes Konzept und die Sanierung der bewährten und beliebten VHS sorgen. Die Sanierung wurde seit 2008 trotz dafür eingestellter Gelder immer wieder verschoben.

Die Verwaltung hat den Auftrag, alternativ zur Sanierung der VHS in der MüGa die Anmietung oder den Ankauf eines Ersatzgebäudes mit ca. 3 200 m<sup>2</sup> zu prüfen. Ersatzlösungen auf kleinerer Fläche bedeuten eine wesentliche Einschränkung. Für Forum, Cafeteria, Sitzgruppen usw. der heutigen VHS würde kein Raum mehr sein. Das würde die Möglichkeiten für Veranstaltungen und Kommunikation deutlich einschränken und die Aufenthaltsqualität und den Erfolg etwa bei den Integrationsaufgaben deutlich beeinträchtigen.

Volkshochschule ist in NRW eine kommunale Pflichtaufgabe, ursprünglich vor allem im Bereich der Weiterbildung. In den letzten Jahren erhielt VHS einen enormen Bedeutungszuwachs insbes. durch fortschreitende Digitalisierung und den Aufgabenzuwachs bei Deutsch- und Integrationskursen für die vielen Zuwanderer, was bis zur VHS-Schließung im Sept. 2017 in Mülheim gut gemeistert wurde. Die Stadt Mülheim hat mit der VHS an der Bergstraße Vorbildliches geleistet. Das Gebäude liegt zentral, ist verkehrsmäßig gut angebunden und aufgrund seiner Größe und Aufteilung hervorragend für den VHS-Betrieb und darüber hinaus als Treffpunkt für kulturelle und auch politische Veranstaltungen geeignet

Die VHS steht seit 2016 unter Denkmalschutz. Damit ist ein Abriss ohne zwingenden Grund nicht ohne weiteres möglich. In der Begründung der Landes-Denkmalbehörde sind die Einmaligkeit und die besonderen Vorzüge des Gebäudes für die Nutzer ausführlich dargestellt worden. Die VHS ist zudem ein integraler Bestandteil des kulturell hochwertigen Kulturensembles mit Schloß Broich, Ringlokschuppen, Camera Obscura, Stadthalle und MüGa-Park.

Berechtigt, die Unterzeichnenden zu vertreten, sind: N.N. (in der Regel 3) **Unterschriftenliste - Eintragungsberechtigt sind Deutsche und andere EU-Bürger ab 16 Jahren mit Erstwohnsitz in Mülheim/Ruhr.**



## Mülheim und mögliche Dieselfahrverbote: Fluch oder Segen?

Seit Jahren werden in vielen Städten EU-Grenzwerte nicht eingehalten. Dabei geht es um Stickoxide, die als gesundheitsschädlich gelten. Die EU-Kommission hatte die bisherigen Anstrengungen Deutschlands als nicht ausreichend kritisiert und droht mit einer Klage beim Europäischen Gerichtshof (EuGH). Städte können Fahrverbote für Dieselfahrzeuge zur Luftreinhaltung verhängen. Das Bundesverwaltungsgericht wies Ende Feb. die Revision gegen die von den örtlichen Verwaltungsgerichten geforderten Fahrverbote zurück. Das Urteil sieht zudem Übergangsfristen und eine phasenweise Einführung von Fahrverboten vor. In Stuttgart seien Fahrverbote nicht vor dem 1. September 2018 möglich. Außerdem solle es Ausnahmeregelungen etwa für Handwerker geben. Die Leipziger Richter erklärten, Fahrverbote könnten auch ohne bundeseinheitliche Regelungen umgesetzt werden. **Der Deutsche Städte- und Gemeindebund bezeichnet es als "Irrglauben", mit Fahrverboten für Dieselfahrzeuge durch das BVG sei eine Lösung des Schadstoffproblems gefunden mit möglichst viel Regulierung und Verboten .....**



Dieses BVG-Urteil verlagert alles auf die kommunale Ebene. Das kann ja noch heiter werden mit endlosen ideologisierten Streitereien und Gerichtsprozessen ohne Lösungsansätze! Motto: Grüne vor, noch ein Selbsttor! Ein tolles Ablenkungsmanöver von den existenziellen Problemen der EU, aber auch der Demokratie- und Staatskrise in Deutschland. Dabei gibt es nämlich durchaus berechtigte Zweifel daran, dass das Stickoxid-Problem wirklich das Hauptproblem von Verkehrspolitik ist.

**Unabhängig davon kann man nur hoffen, dass auch in Mülheim die ziemlich festgefahrene und orientierungslose Verkehrspolitik bald in sinnvollere Diskussionen übergeht als nun über Jahre mit fruchtloser Gutachteritis und hoffnungslosem Gewurschtel nicht zuletzt zur drängenden**



**ÖPNV-Problematik, siehe nur Stilllegung Flughafenast und Endlos- bis Nutzlos-Diskussion auch noch um Stilllegung des Kahlenbergasts der Straßenbahn.**

Dabei liegt im gesamten Verkehrssektor in Mülheim einiges im Argen, was noch vor der bundesweit notwendigen Auseinandersetzung um eine notwendige, überfällige und sinnvolle Verkehrswende verbessert werden könnte und müsste. In Mülheim hat man es an etlichen Stellen „geschafft“, dass so gut wie alle verschiedenen Verkehrsteilnehmer gleichermaßen benachteiligt werden, ob Autofahrer, ÖPNV-Nutzer, Fahrradfahrer oder Fußgänger. Die hundsmiserable Verkehrsführung, die grottenschlechte Ampelschaltung, das blamable Kirchturmsdenken beim ÖPNV inkl. des völlig unausgegorenen Nahverkehrsplans oder das chaotisch unkoordinierte Baustellenmanagement bieten z.B. noch viele Möglichkeiten für Verbesserungen, bevor man an die grundlegenden Fragen eines insgesamt schlüssigen und zukunftssicheren Verkehrskonzeptes herangehen kann.

**Die MBI haben in den vergangenen Jahren viele Vorschläge gemacht, die aber zumeist verschoben, abgelehnt oder vertröstet wurden. Wir werden demnächst neue Anläufe starten – allerdings in der Hoffnung, dass ein mögliches Gezänk um Dieselfahrverbote nicht alles andere erstickt.**



## Ruhende Bauarbeiten am Klöttchen und das vermurkste Ruhrbania-Verkehrskonzept"

Seit Wochen ruht die Baustelle am Klöttchen, der für den Bau des Kreisverkehrs an der Heißener Straße gesperrt ist und enormen Umleitungsverkehr erzeugt. Was ist denn da schon wieder falsch gelaufen? Sollte doch im Jan. fertig sein. Informiert darüber wurde bisher nicht und niemand, weder die Anwohner noch die politischen Gremien. Seltsam war auch die Baumfällung Ende Februar im Teilstück zwischen Heißener und Bruchstr., u.a. vor dem Kindergarten. Das ganze geschah auch noch des Nachts, beginnend um ca. 19.30 Uhr.. Ob das etwas mit dem geplanten Umbau des engen Klöttchen für Zwei-Richtungsverkehr zu tun hat, ist unklar.

**Das gesamte Klöttchen-Projekt ist bekanntlich Teil des wenig sinnvollen "Ruhrbania-Baulos 3", wozu auch noch der Abriss der Hochstr. Tourainer Ring gehört. Auf dass die Verkehrsführung noch unübersichtlicher und miserabler werde, oder?**

Einlegeblatt doppelseitig

**M ü l h e i m e r  
B ü r g e r -  
I n i t i a t i v e n** 

Fraktion in Rat und  
Bezirksvertretungen  
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr  
Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1  
45468 Mülheim / Ruhr  
Telefon: 0208-3899810  
Telefax: 0208-3899811

**M B I**

e - m a i l : f r a k t i o n @ m b i - m h . d e

<http://www.mbi-mh.de>

## Hat "Made in Germany" das Verfallsdatum überschritten?

Für "Made in Germany" gilt immer häufiger: In Germany ist der Wurm drin, nicht nur eine oder ein paar Maden!? Deutschland hält sich bekanntermaßen etwas auf seine Ingenieurs- und Organisationsleistungen zugute. Und dann das:

In Mecklenburg-Vorpommern sackte eine 12 Jahre alte Autobahn auf 100 Meter Länge ab. Auf einer fünf Jahre alten Straße in Husum haben sich riesige Wellen gebildet. Beide **Straßen wurden über Torf errichtet**. Wie viel es kostet, die Schäden zu beheben, ist noch nicht abzusehen.

Der **Berliner Flughafen**, Baubeginn 2006, sollte zwei Milliarden Euro kosten und 2011 in Betrieb gehen. Nun soll er erst 2020 fertig sein und, inzwischen bereits 5,3 Milliarden Euro kosten.

**Stuttgarts neuer Bahnhof** sollte 2021 fertig sein. Inzwischen wird mit 2024 gerechnet. Die Kosten sollen um weitere 1,1 Milliarden auf 7,6 Milliarden ansteigen, vorerst.

Die **Hamburger Elbphilharmonie** sollte 186 Millionen Euro kosten. Es wurden knapp 800 Millionen. Der Bau begann 2007. Er sollte 2010 beendet sein. Er brauchte sieben Jahre mehr.

Der bis heute nicht aufgeklärte **Einsturz des Kölner Stadtarchivs** als Folge des U-Bahn-Baus gehört leider auch in diese Reihe.

Ebenso die **Hochmoselbrücke** als Verlängerung der A 60 aus der Eifel Richtung Flugplatz Hahn (offiziell Frankfurt-Hahn, obwohl 125 Straßenkm von Frankfurt entfernt). Diese zukünftig höchste Brücke Europas darf nur B50-neu heißen, weil selbst in den kühnsten Prognosen nicht genug Verkehr sein wird, um Autobahn genannt werden zu dürfen. Sie ist zu ca. 80% fertig und ragt in die luftigen Höhen nach jahrelanger Bauverzögerung und der immer noch ungeklärten Frage, ob sie am Mosel-Steilhang, den sie bald erreichen soll, nicht höchster Abrutschgefahr ausgesetzt werden wird. Und am Rande: 2016 verkaufte das Land Rheinland-Pfalz seinen 65%-Anteil am Hahn an einen chinesischen "Investor", der sich später als nicht existent herausstellte. Schließlich musste der Verkauf rückgängig gemacht werden und RLP verkaufte 2017 dann an den chinesischen Konzern HNA, dem auch die Fluggesellschaft Hainan Airlines gehört.

Der **VW-Konzern** betrog seine Kunden in aller Welt mit technisch unzureichenden Fahrzeugen. Die Kosten des Betrugs allein für VW werden auf 28 Milliarden Euro geschätzt.

Bei **Rastatt** senkten sich die Gleise der Rheintalbahn ab, wegen technischer Probleme beim **Tunnelbau** in der Nähe. Die viel befahrene Strecke wurde über Wochen gesperrt. Der Tunnel soll nun um zwei Jahre später als geplant fertig werden. Der Schaden soll in die Milliarden gehen.

Der für Milliarden gebaute **Tiefseehafen in Wilhelmshafen** ohne Auslastung bei gleichzeitig forciertem Vorhaben der **Elbvertiefung** mit gigantischen Risiken und Zerstörungen oder der beschlossene **Fehmarn-Tunnel unter der Ostsee** ohne erkennbare Rentabilität im Vergleich zu gigantischen Kosten und Risiken etc., und, oder, und ..... viele Projekte in diversen Städten nicht zuletzt in den bankrotten Ruhrgebietsstädten wie Duisburg (Landesarchiv, Küppersmühle etc.), Mülheim (Ruhrbania, überdimensionierte Feuerwehr per PPP, Ruhrtunnel für nur 1 U-Bahn-Haltestelle etc.) u.v.v.m. alle nach dem gleichen Muster. Die Liste der Projekte mit technischen Pannen, ungeheuerlich überdehnten Bauzeiten, explodierten Kosten und kriminellen Entgleisungen lässt sich leicht verlängern. Die Fehlleistungen werden weltweit wahrgenommen. Es gibt viele Verursacher, aber keine Verantwortlichen, die auch zur Verantwortung gezogen würden.

### Das ist typisch für Verfallsprozesse.

"Made in Germany" wurde, um deutsche Waren als minderwertig abzustempeln, Ende des 19. Jahrhunderts in Großbritannien als diskriminierender Warnhinweis erfunden. Deutschland machte ihn dann später zum Gütesiegel. Die zunehmenden Katastrophenprojekte legen den Verdacht nahe, Deutschland arbeite daran, das Gütesiegel zum Warnhinweis zurückentwickeln zu wollen.

## Darmstadt mit den höchsten Schulden pro Kopf, Mülheim "nur" NRW-"Spitze"! Chaos pur, in Mülheim a.d. Ruhr?! Bspl. Etatdesaster

Das Statistische Bundesamt gab in der 1. März-Woche die Verschuldungs"hit"liste der deutschen Kommunen für 2016 bekannt. Überraschend war der Spitzenplatz der "Wissenshauptstadt" Darmstadt. Wahrscheinlich taucht diese Stadt jetzt erst ganz oben bei der Pro-Kopf-Verschuldung auf, weil die Statistiker nicht nur die Kernhaushalte, sondern auch die Verschuldung der ausgegliederten kommunalen Beteiligungsgesellschaften berücksichtigten, was sonst zumeist herausgehalten wird.

Darmstadt mit seinen vielen Unis und Forschungseinrichtungen wurde seit Kriegsende bis 2011 von der SPD dominiert. 2011 erhielten die Grünen sagenhafte 33% der Stimmen und sie stellten den OB. 2016 verloren sie zwar über 3%, lagen aber immer noch bei knapp 30% und "regieren" nun mit Schwarz-Grün, denn die SPD war bereits auf knapp über 17% abgestürzt. Auch die CDU, die 2001 noch 34% erringen konnte, brachte es auch nur auf knapp über 18%, aber 1 Sitz mehr als die SPD. Kurzum: In wenigen Jahren grüner Herrschaft ist die reiche Stadt Darmstadt ohne erkennbar größere Strukturprobleme zur Schuldenhauptstadt Deutschlands "aufgestiegen".

Anders dagegen die Nr. 2 und Nr. 3 der Schuldenkönige, Kaiserslautern und Pirmasens, die bekanntlich in den Teilen der Pfalz mit enormen Strukturproblemen liegen.

Nr. 4 ist der NRW-"Spitzen"reiter Mülheim/Ruhr. Zwar liegt diese kreisfreie Stadt mit gleicher Größe wie Darmstadt mit je ca. 165.000 Einwohnern, im Ruhrgebiet, der Haupt-Krisenregion Deutschlands. Unsere Stadt Mülheim hat abgesehen von den Stadtfinanzen als Ruhrgebietsstadt aber weit weniger strukturelle Probleme als viele Nachbarstädte. Die Arbeitslosigkeit war stets vergleichsweise niedrig, die lokale Wirtschaft ist ausgesprochen robust und diversifiziert und das Durchschnittseinkommen liegt mit ca. 38.000 € sogar deutlich über dem NRW-Durchschnitt. **Doch die im Ruhrgebietsvergleich sehr reiche Stadt Mülheim hat inzwischen die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller NRW-Großstädte und hatte laut Bertelsmann-Studie im letzten Jahrzehnt das höchste Verschuldungstempo aller deutschen Großstädte. Noch viel gravierender aber ist: Mülheim ist als einzige Großstadt weit und breit seit Jahren auch bilanziell überschuldet mit dramatischen Zuwachsraten, hat also ein negatives (!) Eigenkapital.**



Wirtschaftsboom und Niedrigstzinsen seit Jahren haben das Mülheimer Finanzdesaster nicht gebremst, einen Crash nur hinausgeschoben. Dass kaum jemand in Verwaltung und Mehrheit der Politik etwas anderes als "Weiter wie gehabt" im Sinn hat, zeigte wieder einmal der im Dez. beschlossene, völlig perspektivlose Haushalt 2018. Dass der rasante Absturz genauso weiter gehen könnte, zeigt nicht zuletzt das allerneueste Finanzabenteuer, die mutwillige und überfallartige Schließung der beliebten VHS mit dem Ziel, das denkmalgeschützte Gebäude in Spitzenlage demnächst vermarkten zu können.



Die himmelschreiende Misswirtschaft wurde über viele Jahre von der rot-grünen Landesregierung (immerhin mit den Mülheimerinnen Kraft (SPD) und Steffens (Grüne) bestens repräsentiert) geduldet und genehmigt. Rot-Grün wurde aus vielerlei Gründen letztes Jahr in NRW abgewählt. In

der neuen Landesregierung sind nun keine Mülheimer/innen mehr vertreten.

Die MBI, die über Jahre immer und immer wieder gewarnt und das Finanzdesaster richtig vorausgesehen haben, erwarten von der neuen NRW-Regierung und der ihr unterstellten Finanzaufsicht beim RP Düsseldorf, dass sie endlich darlegen, wie sie mit der finanziell vor die Wand gefahrenen Stadt Mülheim/Ruhr umzugehen gedenken.

" Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, betrug die Schuldenlast pro Einwohner zum Ende des Jahres 2016 im südhessischen Darmstadt 14.989 Euro. Es folgten auf den Plätzen Pirmasens und Kaiserslautern in Rheinland-Pfalz mit 11.528 Euro bzw. 11.384 Euro, das nordrhein-westfälische Mülheim an der Ruhr mit 11.034 Euro und die rheinland-pfälzische Landeshauptstadt Mainz mit 10.793 Euro. Unter den fünf Städten mit den niedrigsten Schulden pro Kopf waren vier aus Bayern: Kempten mit 375 Euro, Memmingen 1416 Euro, Kaufbeuren 1474 Euro und Amberg mit 1609 Euro/Kopf. Auf dem vierten Platz lag das niedersächsische Braunschweig mit 1559 Euro. Sachsens Einwohner sind am wenigsten verschuldet.... " (Quelle: AFP)